

So werden Saarländer vor Katastrophen gewarnt

Was wäre, wenn sich im Saarland eine ähnliche Hochwasser-Katastrophe anbahnen würde, wie sie sich jetzt in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen ereignet hat? Jetzt werden hierzulande nicht nur mehr Sirenen gefordert.

VON DIETMAR KLOSTERMANN

SAARBRÜCKEN/TRIER Nach der Hochwasser-Katastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen stellt sich immer mehr die Frage: Wurde die Bevölkerung rechtzeitig gewarnt? Funktionieren die Warnsysteme? Und wie sind die Saarländer im Katastrophenfall geschützt? Der bundesweit erste Warntag im vergangenen September hatte gezeigt, dass viele der digitalen und analogen Warn-Systeme im Ernstfall nicht einsatzbereit sind. So waren die Warn-Apps Nina oder Katwarn

„Wenn es nach mir ginge: Sirenen waren immer gut.“

Klaus Bouillon
Saarländischer Innenminister

entweder nicht erreichbar oder informierten mit Verzögerung: Dabei geht es im Katastrophenfall um Minuten, wenn sich eine Flutwelle an einem Bach oder kleinen Fluss aufbaut und die Anwohner umgehend ihre Häuser verlassen müssen.

Saar-Innenminister Klaus Bouillon (CDU) sagte am Montag: „Wenn es nach mir ginge: Sirenen waren immer gut.“ Die seien aber leider teilweise abgebaut. Da müsse man sich drum kümmern. „Es hat ja nicht jeder eine App“, gab Bouillon zu bedenken. Die Katastrophenschutzbehörden müssten in die Lage versetzt werden, ihre Sirenen jetzt endlich aufzurüsten, forderte Esra Limbacher, Sprecher der SPD-Land-

tagsfraktion für Feuerwehr, Katastrophenschutz, sowie Hilfs- und Rettungsdienste. „Ein funktionierendes Sirenenetz im Land sollte hier unser Ziel sein“, so Limbacher.

Der zweite bundesweite Warntag, der für September 2021 geplant war, wurde im Juni dieses Jahres auf den September 2022 verschoben. Zur Begründung hatte das Ressort von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) mitgeteilt, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) baue derzeit eine „umfassende Testlandschaft auf“. Diese werde im ersten Quartal 2022 zur Verfügung stehen. Aus der „Testlandschaft“ ist inzwischen bitterer Ernst geworden.

Der saarländische FDP-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Oliver Luksic hatte noch im März die CDU/SPD-Landesregierung dazu aufgerufen, den Zivil- und Katastrophenschutz im Saarland stärker zu fördern. „Beim Thema Zivil- und Katastrophenschutz hängt das Saarland vom Ehrenamt und von enger Zusammenarbeit ab. Die Landesregierung muss hier noch mehr unternehmen, damit auch in Zukunft im Notfall ausreichend geschulte Hände mit anpacken“, erklärte Luksic damals. Die Bundesregierung teilte der FDP-Bundestagsfraktion zudem mit, dass dem Saarland zwölf Einsatzfahrzeuge für den Katastrophenschutz fehlten.

Derweil berichtete am Montag auch der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Saarland, Manfred Rippel, dass es „nur noch wenige Sirenen“ im Saarland gebe. Im Katastrophenfall würde die Bevölkerung außer über die Warn-Apps Katwarn und Nina sowie die Medien auch mit Lautsprecherwagen der Feuerwehren und Polizei vor der Bedrohung gewarnt. Den Katastrophenfall können Landkreise und Regionalverband feststellen, wie Landesbrandinspekteur Timo Meyer sagte. Ausgelöst würden die Warnungen je nach Warnmedium über die Integrierte Leitstelle des Saarlandes oder das Melde- und Lagezentrum der Polizei.



Die Kleinblittersdorfer wissen, wie schlimm Unwetter mit Starkregen wüten können. Vor drei Jahren standen dort Straßen unter Wasser.

FOTO: BECKERBREDEL

Wetterwarnungen des Wetterdienstes auf die Warn-Apps würden durch den Bund ausgelöst, erklärte Thomas Blug von der Stadtverwaltung Saarbrücken. Um den Schaden schon im Vorhinein zu vermeiden oder zu begrenzen, empfehle die Stadtverwaltung, sich selbstständig über die Gefährdung am Wohnort zu informieren und eigene angepasste Schutzmaßnahmen zu treffen. „Saarbrückerinnen und Saarbrücker erhalten beispielsweise für ihr Wohnobjekt auf Anfrage beim Zentralen Kommunalen Entscheidungsbetrieb (ZKE) Auskunft aus der Starkregen-Gefahrenkarte. Diese Information ist kostenlos“, betonte Blug. Für die Bundes-Warn-

App Nina werde auf der Homepage der Stadt geworben, weil diese „als eines von mehreren Elementen zur Bevölkerungswarnung sehr wichtig ist“. In Saarbrücken gebe es derzeit rund 45 Sirenen. Sie seien als „Warnmittel mit Weck-Effekt“ ebenfalls sehr wichtig. Wenn der Handy- und Telefonempfang wie jetzt in Rheinland-Pfalz gestört sei oder ausfalle, könnten Warnungen mit Lautsprecherdurchsagen von Einsatzfahrzeugen, über Sirenen oder Radioinformationen erfolgen, sagte Blug. „Fast alle der seit 2010 neu beschafften Fahrzeuge der Feuerwehr Saarbrücken verfügen über Außenlautsprecher und Mikrofone für Durchsagen. Die Durchsage-

texte sind saarlandweit einheitlich“, sagte Blug. Die öffentlichen Radiosender hätten in der Regel Notstromversorgungen und Kraftstoffvorräte für mindestens eine Woche. Bei kurzfristigen Evakuierungen zur Verfügung. Zusätzlich könne die Einsatzleitung im Bedarfsfall auch vorhandene Einrichtungen wie Hotels und Jugendherbergen zur Unterbringung nutzen. Die Betreiber würden dafür entschädigt, erklärte der Sprecher von Oberbürgermeister Uwe Conradt (CDU).

Am Montag seien weitere Feuerwehr-Experten aus dem Saarland nach Ahrweiler entsandt worden, um bei der Koordinierung der

Hilfsmaßnahmen zu unterstützen. Wie Meyer sagte, seien inzwischen 140 Saar-Feuerwehrleute in Rheinland-Pfalz helfend aktiv. Rippel appellierte an die Bürgerinnen und Bürger, vorerst keine Sachspenden mehr in die betroffenen Gebiete zu bringen. „Die Lager sind alle randvoll“, betonte der aus Homburg stammende Präsident des Landesfeuerwehrverbandes.

Das Saarland ist dieses Mal davon gekommen. Doch was heißt das für die Zukunft? Schon bald könnten auch hier Prims, Ill oder der Sulzbach zu tödlichen Fallen werden. Innenminister Bouillon will daher in Kürze die Lage mit den Experten neu bewerten, wie er der SZ sagte.